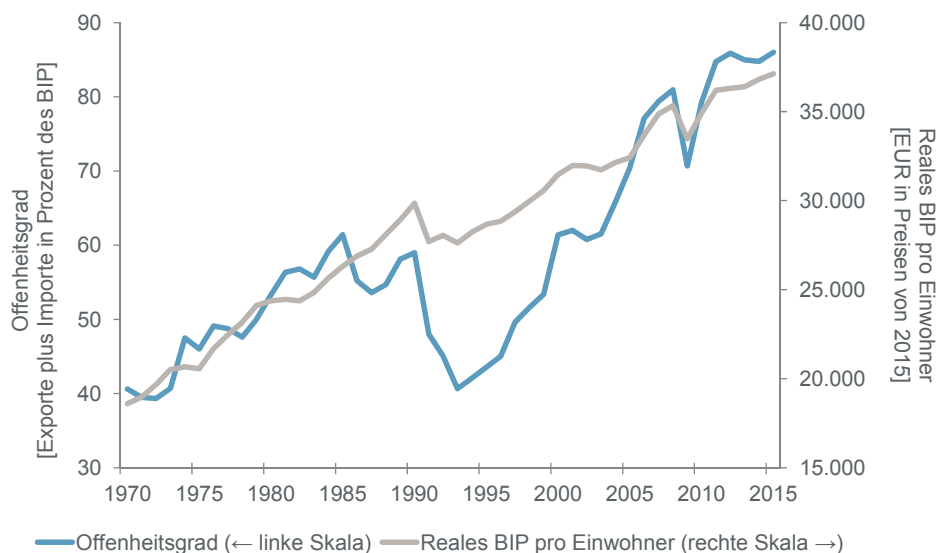


Die Debatte um Globalisierung ist fast so alt wie die Volkswirtschaftslehre selbst. Damals wie heute spricht alles für Offenheit. Internationale Arbeitsteilung, internationaler Handel und offene Grenzen für Arbeitnehmer und Kapital sind Quellen von Wohlstand und Teilhabe. Der Rückzug in den Nationalstaat bedroht vor allem die Schwachen.

Das trifft in besonderem Maß auf Deutschland zu. Deutschland ist die drittgrößte Handelsnation der Welt. Bei uns gehen Weltoffenheit und Wohlstand Hand in Hand, auch wenn wir das im Alltag manchmal übersehen. Deutschland hat kaum Rohstoffe, dafür aber viele intelligente Köpfe und ist Spitzenstandort für nahezu alle Wirtschaftszweige. Nur im Austausch mit Europa, den USA und dem Rest der Welt können wir diese Stärken zu unserem Vorteil nutzen. Wir verdienen unser Geld am Ende einer langen Wertschöpfungskette, wo die Erträge am höchsten sind. Das setzt voraus, dass wir Vor- und Zwischenprodukte auch aus dem Ausland beschaffen können, um sie in gefragte Güter und Dienstleistungen verarbeiten zu können.

Unsere Strategie der Spezialisierung auf Güter der hochwertigen Technik bei zunehmender Einbindung in die internationale Arbeitsteilung funktioniert lehrbuchmäßig: Seit mehr als vier Jahrzehnten gehen steigende Pro-Kopf-Einkommen und Offenheit in Deutschland Hand in Hand (siehe Grafik). Von dem hohen Einkommensniveau profitieren auch diejenigen Branchen, die, wie etwa der Wohnungsbau oder die persönlichen Dienstleistungen, primär auf die heimischen Märkte ausgerichtet sind. Glaubt ernsthaft jemand, dass wir mit einem „Weiter so“ im Bergbau, in der Stahlproduktion oder in der Textilherstellung da wären, wo wir heute sind?

Deutschland: Weltoffenheit und Wohlstand gehen Hand in Hand



Ein Rückbau der Offenheit unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft wäre auch unsozial. Es sind die international tätigen Unternehmen, die produktiver sind und höhere Löhne zahlen können. Deshalb haben Japan, Südkorea und zuletzt China sich in die Weltwirtschaft

integriert und waren so erfolgreich. Es sind außerdem die niedrigen Einkommen, deren Kaufkraft steigt, wenn die Palette an Produkten und Dienstleistungen, die in Deutschland angeboten werden, möglichst breit ist und ein reger Wettbewerb zwischen möglichst vielen inländischen und ausländischen Anbietern um ihre Kunden herrscht. Werden Grenzen geschlossen, verlieren wir alle. Meine Befürchtung ist, die mittleren und niedrigen Einkommen verlieren dabei eher mehr.

Doch nicht nur Waren und Dienstleistungen passieren offene Grenzen, sondern auch Arbeitnehmer und Kapital. Beides ist ebenfalls zum Nutzen Deutschlands. 1971 war das letzte Jahr, in dem bei uns die Zahl der Geburten die Zahl der Todesfälle überstieg. Ohne Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften hätten wir also bereits seit mehr als vier Jahrzehnten in zunehmendem Maß mit den typischen Problemen eines schrumpfenden und alternden Landes zu kämpfen: schwindendes Wirtschaftswachstum, weniger Innovation, Fachkräftemangel. So zahlen ausländische Arbeitnehmer, die mittlerweile einen Anteil von fast 10 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ausmachen, in die deutschen Steuer- und Sozialsysteme ein.

Ausländische Kapitalgeber kommen ebenfalls gerne nach Deutschland und schaffen hier Arbeitsplätze und Wissen. Sie finanzieren und führen aktuell knapp 27.000 Unternehmen in Deutschland. Damit erzielen sie 24 % der Bruttowertschöpfung und stemmen 26 % der Bruttoinvestitionen; rund 3,2 Mio. Personen oder 12 % der Beschäftigten haben dort ihren Arbeitsplatz und wollen ihn behalten.

Für weiterhin offene Grenzen in Europa, möglichst viele Kapitalzuflüsse nach Europa und einen freien Handel in der Welt müssen wir deshalb mehr als bisher darauf hinarbeiten, dass die Gewinne fair verteilt und die Verluste solidarisch getragen werden. Denn im internationalen Wettbewerb gibt es genauso wie im Wettbewerb zwischen Unternehmen, Städten und Regionen auch immer Verlierer. Wir brauchen daher faire, an der Produktivität ausgerichtete Löhne, eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die diejenigen begleitet, deren Arbeitsplätze verloren gehen, allgemein akzeptierte Unternehmenssteuersysteme, die global funktionieren und noch einiges mehr. Deutschland ist hier im internationalen Vergleich durchaus auch immer Vorreiter gewesen, etwa bei der aktiven Begleitung Arbeitssuchender mit Fort- und Weiterbildung.

Der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Arbeitnehmern und Kapital entbindet uns auch nicht von der Verantwortung, die Bewegungen zu überwachen und gegebenenfalls zu regeln – ganz im Gegenteil. Wenn eine große Zahl von Menschen empfindet, dass dies nicht hinreichend geschieht, muss die Politik darauf reagieren. Reflexartig die Bewegungen einschränken sollte sie nicht. Wir müssen uns vielmehr dafür einsetzen, dass fair gespielt wird, also Gesundheits-, Umwelt- und Sozialstandards in der Produktion und im Handel von Waren und Dienstleistungen eingehalten werden, Arbeitnehmer nicht ausgebeutet werden, inländische und ausländische Investoren gleichermaßen geschützt und in der Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung sind, und Kapital seinen Weg in Sachanlagen und in die langfristig produktivsten Bereiche der Wirtschaft findet.

Diese Politik ist mühsam, aber dafür müssen Deutschland und Europa sich einsetzen – auch für Sanktionen gegen solche Länder und Interessen, die international vereinbarte Standards nicht einhalten. Denn vergessen wir nicht, die Teilnahme an der offenen Weltwirtschaft ist ein großer Vorteil! Sie aufs Spiel zu setzen oder sich selbst auszuschließen ist teuer. Wir haben

das in der Wirtschaftsgeschichte leider immer wieder neu lernen müssen. Mir ist kein Land bekannt, das durch Abschottung wirtschaftlich und gesellschaftlich reicher geworden ist.

Ein „Weiter so“ in der Vernetzung der Weltwirtschaft wird es aber vielleicht trotz aller Vorteile nicht geben. Eine große Zahl von Menschen, die sich von der zunehmenden Globalisierung benachteiligt sehen, fordert Kurskorrekturen. Die auffälligen Unterschiede in der sozioökonomischen Struktur der Protestwähler in den großen europäischen Staaten legen aber nahe, dass die Unzufriedenheit durchaus unterschiedliche Ursachen hat. Viele Maßnahmen sollten daher vielleicht national geregelt sein. Diese Änderungen dürfen jedoch keine auf Protektionismus zielenden Lösungen sein. Einseitig protektionistische Maßnahmen in einem ohnehin handelsunfreundlichen Umfeld gipfelten 1930 in den USA im Smoot-Hawley-Act, mit dem Zölle für eine Vielzahl von landwirtschaftlichen und industriellen Produkten erhoben wurden. Diese Politik hat schwere Folgen gehabt. Zusammen mit den Antwortmaßnahmen anderer Staaten trug sie innerhalb kürzester Zeit dazu bei, dass der Welthandel bis 1932 um zwei Drittel zurückging – ein zusätzlicher Schub für die Weltwirtschaftskrise und ein Vertrauensverlust ungeahnten Ausmaßes. Es hat nach dem 2. Weltkrieg lange gedauert, ihn zu überwinden.

Nur Europa ist stark genug, gewünschte Änderungen an den Spielregeln der Globalisierung in internationaler Kooperation durchzusetzen. Das ist langwierig und manchmal auch frustrierend, weil dabei auch Kompromisse gefunden werden müssen. Aber bei allem Verständnis dafür, globalisierungsbedingte Nachteile für die betroffenen Menschen und Regionen vermeiden zu wollen – damals wie heute spricht alles für Offenheit.